

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Jörg van Geffen	SPD
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP

Schriftführerin

Frau Susanne Bonnemann	Amt für Integration und Vielfalt
------------------------	----------------------------------

Verwaltung

Frau Bettina Baum	Amt der Oberbürgermeisterin
Frau Nina Rehberg	Amt für Integration & Vielfalt
Frau Ute Dreiocker	Amt der Oberbürgermeisterin
Frau Kerstin Höfer	Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern
Herr Franco Prandi	Amt für Personal, Organisation und Innovation (111-2)
Herr Benjamin Thele	Kulturamt

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Schuhmacher	Aidshilfe Köln e.V.
--------------------------	---------------------

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Borggreve	SC Janus e.V.
Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Harald Hennicken	Rheinfetisch e.V.
Herr Jürgen Piger	Jugendzentrum anyway e.V.

Beratende Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Ulrich Breite	FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Thomas Steffen DIE LINKE

Verwaltung

Frau Inge Steinbach Amt für Kinder, Jugend und Familie

- vor Eintritt in die Tagesordnung -

Herr Oster eröffnet die 20. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft LST in Vertretung für die Vorsitzende, Frau Oberbürgermeisterin Reker. Er begrüßt die Gäste, die stimmberechtigten und die beratenden Mitglieder und die Vertreter*innen der Verwaltung.

Herr Oster bedauert, dass die Niederschrift der letzten Sitzung noch nicht verschickt werden konnte und begründet dies mit einem personellen Engpass. Er kündigt an, dass die Niederschrift in den nächsten Wochen verschickt werde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein neues Mitglied für die StadtAG verpflichtet.

Herr Oster teilt mit, dass seit der letzten Sitzung der Geschäftsführung der StadtAG LST ein Rücktritt gemeldet worden sei: Herr Björn Blank sei aus persönlichen Gründen als stimmberechtigtes Mitglied zurückgetreten. Er dankt Herrn Blank herzlich für das geleistete ehrenamtliche Engagement.

Herr Oster begrüßt in der heutigen Sitzung zwei neue Mitglieder. Als Nachfolge für Herrn Blank habe der SC Janus e.V. Herrn Peter Neuhaus als neues stimmberechtigtes Mitglied für die StadtAG benannt. Für den LSVD Köln e.V. folge Herr Sascha Korinek als stimmberechtigtes Mitglied auf den Platz von Herrn Helge Gilberg, dessen Rücktritt bereits in der letzten Sitzung verkündet wurde.

Es erfolgt die Verpflichtung in das Ehrenamt und die Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Folgende Punkte bzw. Vorlagen werden zur Tagesordnung zugesetzt:

TOP 1.2 Anfrage zu Anmeldebögen von Schulen und zur Schuleingangsuntersuchung

Zu TOP 2.1 wurde Anlage 2 zugesetzt

Zu TOP 7.3 wurde die Mitteilung 1871/2019 zugesetzt

Beschluss:

Die vorliegende Tagesordnung wird mit diesen Ergänzungen durch die StadtAG LST beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Referat für kulturelle Teilhabe (Kulturamt)
hier: Vorstellung des Referates

1 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

1.1 Beantwortung der Anfrage zur Ausstattung der Fachstelle LSBTI vom 25.01.2019 0728/2019

- 1.2 Anfrage zu Anmeldebögen von Schulen und zur Schuleingangsuntersuchung
hier: Anfrage von Frau Westphal vom 12.03.2019

2 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

- 2.1 EU-Charta - 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan
0217/2019

3 Trans*

- 3.1 Referentenentwurf zur Ablösung des Transsexuellengesetzes (TSG)
hier: Statement von Sophie Sängler (TX Köln)

4 LSBTI Geflüchtete

- 4.1 Anhörung von LSBTI-Geflüchteten in NRW
hier: mündlicher Sachstandsbericht

5 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

- 5.1 European Lesbian* Conference Kiew (12.-14. April 2019)
hier: Bericht von Carolina Brauckmann (AK Sichtbarkeit von Lesben)

6 Diversity

- 6.1 Umsetzung des Diversity Konzeptes
hier: mündlicher Sachstandsbericht

7 Sachstandsberichte und Mitteilungen

- 7.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0340/2019
- 7.2 Teilnahme der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Köln am Kölner CSD 2019
1450/2019
- 7.3 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln"
1871/2019

7.4 Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt
hier: mündlicher Sachstandsbericht

7.5 LSBTI Austausch mit Partnerstädten zum CSD 2019
hier: mündlicher Sachstandsbericht

8 Berichte aus Ausschüssen

9 Mündliche Anfragen

10 Öffentlichkeitsarbeit

11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

12 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Referat für kulturelle Teilhabe (Kulturamt)

hier: Vorstellung des Referates

Herr Oster begrüßt Herrn Benjamin Thele, Leiter des Referates für kulturelle Teilhabe im Kulturamt. Da es sich bei dem Thema „kulturelle Teilhabe“ um eine Querschnittsaufgabe handelt, stellt Herr Thele das noch relativ neue Referat zurzeit in verschiedenen Gremien vor.

Herr Thele dankt für die Einladung. Er habe im September 2018 die Arbeit im Referat für kulturelle Teilhabe aufgenommen und sei gerade damit beschäftigt, diesem Referat eine Struktur zu geben. Dies beinhalte auch die Entwicklung eines Förderkonzeptes.

Es folgt ein Vortrag von Herrn Thele über die geplante Erstellung des Förderkonzeptes „Kulturelle Teilhabe“.

Herr Thele betont, dass auch die StadtAG LST im Rahmen der geplanten Öffentlichkeitsbeteiligung zur Erarbeitung des Konzeptes beteiligt werden soll und er damit auf die Expertise von Fachleuten zugreifen möchte. Er sei dankbar für Tipps, Anregungen und Kontakte zu Personen, die bei der Erstellung des Förderkonzeptes mitarbeiten könnten. Darüber hinaus sei er offen für interessante Projekte und Kooperationsmöglichkeiten in seinem Themenfeld. Langfristig hoffe er – auch durch das Förderkonzept - eine bessere finanzielle Ausstattung für das neue Referat und die Umsetzung der Projekte zu erhalten.

Frau Brauckmann erkundigt sich, ob beispielsweise der Arbeitskreis „Sichtbarkeit von Lesben in Köln“, wenn er auch kulturpolitisch agieren wolle, Adressat für das Förderkonzept sei?

Herr Thele erklärt, dass es zunächst einmal darum gehe, ein Konzept zu erstellen, in welchem Instrumente entwickelt werden, die verschiedene Gruppen in die Lage versetzen sollen, Projektanträge eigenständig zu schreiben und an die Stadt zu adressieren.

Frau Sänger gibt den Hinweis, den Begriff sexuelle Vielfalt um den Begriff geschlechtliche Vielfalt zu ergänzen, um beispielsweise Trans*Personen mit einzubeziehen. Ebenso erkundigt sie sich nach den Kommunikationswegen, wenn jemand zum Beispiel Interesse an einem Workshop zur Erarbeitung des Konzeptes habe.

Herr Oster bietet an, die Kontaktdaten von Herrn Thele an die Mitglieder der StadtAG LST zu verschicken.

1 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

1.1 Beantwortung der Anfrage zur Ausstattung der Fachstelle LSBTI vom 25.01.2019 0728/2019

Frau Dr. Blatz merkt mit Blick auf die Beantwortung der Anfrage an, dass eine personelle Ausstattung für den Fachbereich LSBTI mit 2,0 Stellen immerhin schon mehr sei als 1,5 Stellen. Sie fragt, ob es eine Perspektive gebe, wann die zweite Stelle besetzt werden könne und wie die Arbeitsbelastung für die Fachstelle aufgefangen werde.

Herr Oster erläutert hierzu, dass die Leitungsstelle zum 01.03.2019 mit Frau Bonnemann besetzt werden konnte. Die damit vakant gewordene Stelle wurde um eine 0,5 Stelle auf eine 1,0 Stelle aufgestockt. Sie wurde bereits intern ausgeschrieben, allerdings habe sich niemand beworben. Man gehe jetzt in die zweite Ausschreibungsrunde mit ausgeweiteten Qualifikationsansprüchen. Hinsichtlich des Erfolges wage er keine Prognose. Sollte auch dieses Verfahren erfolglos sein, werde die Stelle extern ausgeschrieben. Bei diesem Verfahren sei davon auszugehen, dass sich fachlich qualifizierte Personen bewerben werden, allerdings wahrscheinlich ohne Verwaltungsvorkenntnisse. Derzeit wird Frau Bonnemann durch Frau Reh-

berg und eine Anerkennungspraktikantin unterstützt. Herr Oster betont, dass es sein Ziel sei, so schnell wie möglich die Stelle zu besetzen, um langfristig eine Entlastung in der Fachstelle herzustellen. Des Weiteren berichtet Herr Oster, dass derzeit intern im Amt alle Abteilungen und deren Bereiche angeschaut werden, um eine Übersicht über die einzelnen Dienstverteilungen und Aufgaben im gesamten Amt zu erhalten. Diese Übersicht wird die Möglichkeit geben, gut zu betrachten, ob und wenn ja welche Ressourcen zur Verfügung stehen, die ggf. in anderen Bereichen des Amtes besser genutzt werden könnten. Gleichzeitig erhalte man durch solch eine Übersicht auch einen Überblick, wenn zusätzliche Aufgaben die an die jeweiligen Bereiche herangetragen würden, diese durch die bestehende Personalkapazität erledigt werden könnten, oder aber auch nicht.

Die Beantwortung der Anfrage wird von der StadtAG LST zur Kenntnis genommen.

1.2 Anfrage zu Anmeldebögen von Schulen und zur Schuleingangsuntersuchung hier: Anfrage von Frau Westphal vom 12.03.2019

Herr Oster berichtet, dass Frau Westphal in der letzten Sitzung eine mündliche Anfrage gestellt habe. Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage liege heute noch nicht vor. Man habe sich jedoch verwaltungsseitig bereits mit dem Gesundheitsamt in Verbindung gesetzt, um zu erörtern wie die benannten Vordrucke verändert werden könnten, um auf der einen Seite die statistischen Erfordernisse zu erfüllen und auf der anderen Seite der gelebten familiären Vielfalt in Köln gerecht zu werden. Die Abstimmung mit der Schulverwaltung stehe noch aus.

Die StadtAG LST nimmt die mündliche Erläuterung der Verwaltung zur Kenntnis und bittet um Wiedervorlage des TOPs zur nächsten Sitzung mit einer schriftlichen Beantwortung.

2 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

2.1 EU-Charta - 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan 0217/2019

Frau Brauckmann fragt, ob es für den aktuellen oder den nächsten Gleichstellungsaktionsplan möglich sei, die Diversität der Mehrgeschlechtlichkeit, also geschlechtliche Vielfalt, einzubeziehen, ohne dabei den Hauptstrang des Gendermainstreaming zunichte zu machen.

Frau Höfer vom Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern weist darauf hin, dass Köln der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene verpflichtet sei. Diese richte ihren Blick bisher nur auf die Geschlechter Frau und Mann. Aus diesem Grund seien die Maßnahmen auch nur mit diesem Fokus erarbeitet worden. Nichtsdestotrotz zeige die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Integration und Vielfalt und dem Amt für Gleichstellung beim Gleichstellungsplan, dass es eine Offenheit gegenüber dem Thema gebe.

Frau Dr. Blatz betont, dass aus ihrer Sicht der Aktionsplan hinter der aktuellen Diskussion über geschlechtliche Identität zurückbleibe. Es gebe ja auch die Möglichkeit, im Text beispielsweise den Genderstern zu nutzen, damit das Thema geschlechtliche Vielfalt wahrgenommen werde.

Herr Spröde fragt, ob nicht doch ein Nachsatz oder Zusatz möglich wäre, dass der Aktionsplan unter Berücksichtigung von geschlechtlicher Vielfalt weiterentwickelt werde. Das wäre ein gutes Zeichen, dass man gerade bei solchen Aktionsplänen weiter denke. Zurzeit gebe es auch Unklarheiten in der Rechtsprechung: Einerseits gelte das Gesetz zur Gleichstellung, andererseits sei die dritte Option noch nicht umgesetzt. Vermutlich würden sich auch Gesetze noch anpassen müssen. Herr Spröde gibt zu bedenken, dass Köln mit solch einem Zusatz durchaus Vorreiterin sein könnte. Dies könne aus seiner Sicht nicht den europäischen Vorgaben entgegenstehen.

Frau Höfer weist darauf hin, dass das Thema geschlechtliche Vielfalt indirekt schon in der Einleitung stehe. Sie zitiert: „von Diskriminierung betroffen sind auch Menschen, deren geschlechtliche Identität sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen

lässt.“ Der Gesetzgeber habe dies berücksichtigt und das dritte Geschlecht im Personenstandsgesetz verankert. Das Sternchen bei Frauen und Männern werde zwar nicht angezeigt, es werde aber in ihrem Amt immer mitgedacht und werde für sie durch die Einleitung als berücksichtigt angesehen.

Frau Brauckmann bestätigt, dass es in der Tat an zwei oder drei Stellen benannt sei, auch die Berücksichtigung neuerer Entwicklung. Sie merkt aber dennoch an, dass sie befürchte, dass der gesamte Prozess, da es sich um eine europäische Charta handele, sehr schleppend sein werde. Denn schließlich werde es eine ziemliche Zeit dauern, bis in allen europäischen Staaten die geschlechtliche Vielfalt ihre Anerkennung und Berechtigung finde.

Herr Oster gibt den Hinweis, dass die StadtAG Mitglieder durchaus eine geänderte Beschlussempfehlung beschließen könnten. Man könne eine Ergänzung hinzufügen und die Verwaltung damit beauftragen, den Aktionsplan unter Berücksichtigung der verschiedenen geschlechtlichen Identitäten weiterzuentwickeln.

Herr Oster verliest die geänderte Beschlussempfehlung und stellt sie dann zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender beschließt, dass die Beschlussempfehlung an die nachfolgenden Gremien wie folgt ergänzt werden soll:

„... und beauftragt die Verwaltung den Aktionsplan unter Berücksichtigung der verschiedenen geschlechtlichen Identitäten weiterzuentwickeln.“

Somit empfiehlt die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender den nachfolgenden Gremien wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den 2. Kölner Aktionsplan zur Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und beauftragt die Verwaltung den Aktionsplan unter Berücksichtigung der verschiedenen geschlechtlichen Identitäten weiterzuentwickeln.

Der Aktionsplan soll mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3 Trans*

3.1 Referentenentwurf zur Ablösung des Transsexuellengesetzes (TSG) hier: Statement von Sophie Sänger (TX Köln)

Frau Sänger erläutert, dass es um die geschlechtliche Selbstbestimmung von transgeschlechtlichen und intergeschlechtlichen Menschen gehe. Was sie sagen möchte, richte sich hauptsächlich an die Anwesenden, aber auch an die Vertretungen der Parteien, die letztlich im Bundestag die entsprechenden Gesetze entwerfen. Schon seit vielen Jahren gebe es die Bestrebungen der Überarbeitung des sog. „Transsexuellengesetzes“. Dieses Gesetz wurde 1980 erlassen und habe insbesondere durch das Bundesverfassungsgericht viele Änderungen erfahren. Zum Beispiel bestehe kein Operationszwang mehr, weil die körperliche Unverletzlichkeit im Grundgesetz verankert sei. Der Zwang zur Scheidung sei als ungültig erklärt worden und durch die Ermöglichung der gleichgeschlechtlichen Ehe sowieso überholt. Seit Jahren hätten Trans-Organisationen daran mitgewirkt, nun endlich auch die geschlechtliche Selbstbestimmung in Deutschland zu verbessern, so wie es in anderen Ländern – wie Argentinien, Dänemark und Malta - schon lange Standard sei. In diesen Ländern sei verstanden worden, dass nur ein Mensch selbst über die eigene Geschlechtszugehörigkeit entscheiden kann. Eine Namens- und Personenstandsänderung sei in diesen Ländern durch einen einfachen Verwaltungsakt möglich. In Deutschland sei es immer noch so, dass für die Namens- und Personenstandsänderung zwei teure Gutachten eingereicht werden müssen, die dann von Personen bewertet werden, die selbst in den wahrscheinlichsten Fällen nie transgeschlechtlich empfunden haben. Frau Sänger stellt in Frage, ob Personen, die mit solch einem

Sachverhalt wenig betraut sind, wirklich solche Gutachten beurteilen können. Am 8.Mai sei nun ein Referentenentwurf zum Gesetz zur Neuregelung der Änderung des Geschlechtseintrags von Frau Dr. Barley (SPD) vorgelegt worden. Den betroffenen Organisationen, die sich vorher jahrelang mit den Gegebenheiten beschäftigt hatten, wurden ganze 48 Stunden Zeit gegeben, ihre Kommentare und Einwände zu dem Entwurf zu geben. Trotz der Kürze der Zeit seien die Reaktionen so massiv negativ gewesen, dass der Entwurf glücklicherweise erst einmal um mehrere Tage zurück gestellt wurde. Der Entwurf verpasse ihrer Meinung nach trotz einzelner Verbesserungen deutlich die Gelegenheit, das diskriminierende Transsexuellengesetz (TSG) durch ein Gesetz abzulösen, das auf der Selbstbestimmung von Trans*- und Inter*-Menschen basiert. Sämtliche Forderungen und Argumente von Selbstorganisationen und weiteren Experten und Expertinnen, die seit Jahren vorgebracht werden, seien ignoriert worden und fänden keinerlei Niederschlag im Referentenentwurf und in seiner Begründung. Stattdessen werde die Diskriminierung und Pathologisierung trans- und intergeschlechtlicher Menschen durch gesetzliche Regelungen fortgesetzt. Es werde wieder eine Begutachtung durchgeführt, wieder ein gerichtliches Verfahren, bei dem ein Richter basierend auf einem „Beratung“ genannten Gutachten hin entscheidet. Künftig sollen sogar die Ehepartner vor einer Namens- und Personenstandsänderung befragt werden. Nach dem ausführlichen Bericht richtet Frau Sänger die Bitte an alle, die Einfluss auf die geschlechtliche Selbstbestimmung von Trans*- und Inter*-Menschen nehmen können, diesen geltend zu machen, Namen und Personenstand sollen per Verwaltungsakt zu ändern sein, so wie es in anderen Ländern bereits Praxis sei. Abschließend stellt Frau Sänger eine Frage an die Teilnehmenden der Sitzung der StadtAG: Stellen Sie sich vor, man würde ähnliche Gesetze, wie sie derzeit für Trans*-Personen gelten, auf die die sexuelle Orientierung übertragen: Dann müssten erst Gutachter auf Antrag erlauben, wen Sie lieben dürften und wen nicht. Würden Sie das wollen?

Herr Oster dankt Frau Sänger für ihre Ausführungen.

Die StadtAG LST nimmt die mündliche Stellungnahme zur Kenntnis.

4 LSBTI Geflüchtete

4.1 Anhörung von LSBTI-Geflüchteten in NRW hier: mündlicher Sachstandsbericht

Herr Oster erinnert an die Sitzung im Dezember 2018, in der der Kölner Flüchtlingsrat den Projektbericht "Erfahrungen mit der Anhörung von LSBTIQ* Geflüchteten" vorgestellt hat. In der damaligen Sitzung wurde die Verwaltung beauftragt, die Inhalte des Vortrags an die entsprechenden Stellen zu transportieren. Daraufhin habe er den Regionalleiter des BAMF zu einem Gespräch eingeladen. Der Austausch habe am 23. April mit der Regionalleitung des BAMF in Köln, Herrn Buttler, einer Vertreterin des Flüchtlingsrates, Frau Vahle, und einer Vertreterin des Rubicon, Frau Schröder, stattgefunden. Herr Buttler habe das Angebot gemacht, den Bericht auf unterschiedlichen Ebenen des BAMF zu diskutieren und dann Rückmeldung zu geben, wie man mit dem Bericht und den Erkenntnissen zukünftig umgehen werde. Herr Oster hofft, dass die Missstände mindestens minimiert, evtl. sogar ausgeschlossen werden. Die Rückmeldung von Herrn Buttler stehe noch aus.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

5.1 European Lesbian* Conference Kiew (12.-14. April 2019) hier: Bericht von Carolina Brauckmann (AK Sichtbarkeit von Lesben)

Frau Brauckmann berichtet von der „European Lesbian* Conference Kiew“, an der sie teilgenommen hat. Durch den Arbeitskreis „Sichtbarkeit von Lesben in Köln“, den sie initiiert habe, und den städtepartnerschaftlichen Austausch, der gerade in den letzten beiden Jahren lesbische Aktivistinnen unterstützt habe, gebe es einen engen Bezug zur StadtAG. Zur Konferenz seien deutlich weniger Teilnehmende aufgrund von Drohungen, die im Vorfeld ausgesprochen

wurden, gekommen. Bemerkenswert sei gewesen, dass zum einen viele Vertreterinnen aus Ost- und Westeuropa sowie Zentralasien anwesend waren, sowie eine deutlich junge Generation zwischen 30 und 40 Jahren. Der politische Ansatz der gesamten Konferenz sei inklusiv und queer feministisch gewesen. Themen wie Sichtbarkeit, Aktivismus, Vernetzung, Empowerment sowie das Genderthema seien diskutiert worden. Der Blick habe sich auch auf die Situationen von Minderheiten an sich, also nicht nur auf Lesben gerichtet. Es sei deutlich geworden, wie unterschiedlich die Situation beispielsweise in Polen, Serbien, Slowenien, Türkei oder Armenien sei. Während beispielsweise viele eine Dominanz von schwulen Aktivisten erleben, würden Schwule und Trans* gleichzeitig auch als Verbündete wahrgenommen werden. Andere würden dagegen sehr eng mit Frauenorganisation zusammenarbeiten, da die Diskriminierung von Frauen, vor allem in Osteuropa und insbesondere in zentralasiatischen Ländern, eine große Rolle spiele. Gleichzeitig gebe es in manchen Metropolen auch Gruppen mit einem hohen Organisationsgrad und fortschrittliche Ansätze, wie zum Beispiel die Selbstverständlichkeit von Gender Studies in St. Petersburg. Es gebe bei vielen Aktivistinnen auch eine andere Art von Selbstverständlichkeit, mit Repressionen umzugehen. Wichtig sei auch ein Bericht über Tschetschenien gewesen. Im Fokus der Medien stünde die Verfolgung und Ermordung von schwulen Männern. Lesbische Frauen in Tschetschenien erlebten Zwangsverheiratung bis hin zu Einsperrung im Haus, Androhung von Ehrenmord durch Familienclans oder der Empfehlung, sich doch selbst das Leben zu nehmen, um so der Schande zu entgehen, nicht normal zu sein. Über Kontaktpersonen von ausländischen NGOs und unter absolut feinmaschigem Schutz würde teils versucht werden, einzelne junge Frauen aus Tschetschenien nach Westeuropa zu bringen. Ihr Fazit sei, dass eine Ausweitung der Teilnehmerinnen auf zentralasiatische Länder wünschenswert sei sowie der Ansatz noch stärker intersektional – also mit anderen gefährdeten Minderheiten – zusammen zu arbeiten. Schön wäre auch eine stärkere Präsenz von „Lesbian of Colour“. Deutlich sei geworden, dass auch die Nutzung von politischen Instrumenten, wie z.B. den Städtepartnerschaften, ein wirklich wichtiges Instrument sei. So sei auf der Konferenz auch von Köln eingebracht worden, wie wertvoll und effektiv es sei, solche Instrumente und Bündnisse zu nutzen.

Frau Tokyürek gibt Frau Brauckmann Recht, dass die Diskussion intersektional und queer feministisch geführt werden müsse.

Der Vortrag von Frau Brauckmann ist als Anlage beigefügt.

Die StadtAG LST nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6 Diversity

6.1 Umsetzung des Diversity Konzeptes hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Rehberg berichtet mündlich und sagt einen ausführlichen schriftlichen Sachstandsbericht für die nächste Sitzung zu. Zum 7. Deutsche Diversity Tag am 28.05.2019 seien nicht nur das Rathaus, das Stadthaus Deutz und die Bezirksrathäuser mit einer Diversity-Flagge beflaggt worden, sondern auch die Gebäude der städtischen Töchtergesellschaften, wie z.B. KölnBäder, KVB, AWG oder die RheinEnergie. Zusätzlich mit den Vertreter*innen der Töchtergesellschaften sei eine Postkarten-Kampagne „Wir lieben Vielfalt. Kölns Stärke.“ erstellt worden. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit der Universität zu Köln ebenfalls eine Postkarten-Kampagne erstellt, die sich jedoch deutlich auf die einzelnen Kerndimensionen von Diversity bezog. In der Magistrale des Stadthaus Deutz habe am Diversity-Tag selbst eine Aktion des Amtes für Integration und Vielfalt stattgefunden. Mitarbeitende seien zu einer Fotoaktion „Vielfalt - Kölns Stärke“ eingeladen worden. Die Diversity-Schulungen für Mitarbeitende und Führungskräfte der Stadtverwaltung seien fest im Fortbildungskatalog verankert. Zusätzlich habe es in diesem Jahr bereits drei Anfragen von einzelnen Dienststellen gegeben, die für ihre Mitarbeitenden individuelle Diversity Schulungen angefragt haben, darunter z.B. die Abteilung Fachstelle Wohnen, wirtschaftliche Hilfen, ResoDienste. Frau Rehberg berichtet weiter, dass in Kooperation mit der städtischen Personalentwicklung und der Hochschule Fresenius ein Projekt zum Thema VR-Brillen im Schulungskontext entwickelt wird. Hierbei stünde das The-

ma „unconscious bias“, unbewusste Voreingenommenheit, im besonderen Fokus. Darüber hinaus sei die Erstellung einer Diversity & Antidiskriminierungsrichtlinie für die Stadtverwaltung sowie eine Vorlage zum Thema geschlechtergerechte Sprache für die Umsetzung in der Verwaltung in Bearbeitung. Am 6. und 7. Juni 2019 finde wieder das bundesweite Diversity-Netzwerktreffen auf Kommunal- und Landesebene mit über 30 Personen in Berlin statt. Initiiert durch „Buntwerk – Netzwerk der LSBTI-Mitarbeitenden in der Kölner Stadtverwaltung“ und mit der Unterstützung durch die Oberbürgermeisterin und des Stadtdirektors werde es dieses Jahr einen städtischen CSD-Wagen und eine Fußgruppe geben. Sowohl für den Wagen als auch die Fußgruppe können sich alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung anmelden und damit ein Zeichen für Vielfalt setzen. Über 120 Personen haben sich bereits angemeldet.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis und bittet um Wiedervorlage des TOPs zur nächsten Sitzung mit einer schriftlichen Mitteilung.

7 Sachstandsberichte und Mitteilungen

7.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0340/2019

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2 Teilnahme der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Köln am Kölner CSD 2019 1450/2019

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.3 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln" 1871/2019

Die Pressemitteilung zur Veröffentlichung wurde auf den Tischen ausgelegt.

Herr van Geffen weist darauf hin, dass die Vorlage im Wirtschaftsausschuss am 24.6.2019 auf der Tagesordnung stehe und vermutlich in den Oktober verschoben werden wird, damit die Chance bestünde, die Beratungsergebnisse aus der nächsten Stadt AG Sitzung am 19.09.2019 in der Wirtschaftsausschusssitzung zu berücksichtigen.

Frau Dr. Blatz ist froh, dass die Wirtschaftsstudie jetzt veröffentlicht worden sei und dankt den Beteiligten für ihre Arbeit. Sie bedauere, dass die Studie nicht mit einer Pressekonferenz veröffentlicht worden sei und frage sich, warum die Oberbürgermeisterin die Pressekonferenz nicht auch allein ohne die IHK als Kooperationspartnerin durchgeführt habe. Sie möchte wissen, ob es einen Plan gebe, zu verhindern, dass die Ergebnisse nicht in der Versenkung verschwinden würden.

Herr Spröde bekräftigt, dass durch den Wegfall der Pressekonferenz nicht die gebührende Wertschätzung für die Studienergebnisse erfolgt wäre.

Herr Oster erläutert, die Verwaltung habe in der letzten Sitzung angekündigt, dass die Veröffentlichung entweder mit einer Pressemitteilung oder mit einer Pressekonferenz erfolgen solle. Man habe sich aber für die Pressekonferenz einen Partner gewünscht, der zu dem Thema gut passe, ein wichtiger Akteur in der Stadt sei und viele Unternehmen vertrete. Wenige Tage vor der Pressekonferenz, die schon länger gemeinsam terminiert war, sei die Stadt durch den Partner informiert worden, dass dieser aufgrund rechtlicher Probleme seine Teilnahme absagen müsste. Der Vorlauf sei zu kurz gewesen, um andere Partner zu akquirieren. Die Verwaltung habe sich dann für die Pressemitteilung entschieden, um möglichst viele Interessierte zu erreichen. Die Presse habe umfangreich berichtet; so in der Kölnischen Rundschau, dem Stadtanzeiger und dem Express. Herr Oster verweist darauf, dass man in der Herbstsitzung

der StadtAG miteinander diskutieren müsse, wie mit den Ergebnissen weiter umgegangen werde und welche Konsequenzen man daraus ziehen könne und solle.

Herr Spröde äußert Kritik. Die IHK sei weder in der Vorbereitung noch während der Durchführung der Studie Partner der Stadt gewesen. Die Stadt Köln habe sich bei der Veröffentlichung unnötigerweise vom Partner IHK abhängig gemacht. Mögliche Partner oder Initiatoren mit Expertise säßen hier in der StadtAG am Tisch. Mit dem Völklinger Kreis und den Wirtschaftsweibern hätte es zwei bundesweit agierende, mehrfach die Wirtschaft vertretende Organisationen gegeben, die genau im Thema drin seien und für eine Pressekonferenz schnell erreichbar gewesen wären. Mit fehlender Wertschätzung meine er auch, dass die Stadt nicht unbedingt der Studie gegenüber, sondern sich selbst nicht wertgeschätzt habe bei dem guten Werk, das mit viel Initiative der Beteiligten heraus gekommen sei.

Herr Oster erklärt, dass er die Kritik annehme, sie aber nicht teile. Unter Berücksichtigung der Beratung durch die eigene Öffentlichkeitsarbeit sei es wichtig gewesen, einen Partner wie die IHK mit ins Boot zu holen und ggf. auch Unternehmen, die in Köln bereits von der Situation profitiert haben und somit darüber berichten können. Leider habe das aus den benannten Gründen nicht funktioniert.

Herr Spröde erklärt, dass der Wunsch bestünde, zu den Ergebnissen der Studie eine Podiumsveranstaltung durchzuführen, an der auch die IHK beteiligt sei. Ulrich Soénus von der IHK sei bspw. interessiert. Eine Beteiligung der Oberbürgermeisterin oder einer anderen Person aus der Stadtspitze wäre wünschenswert.

Herr Oster erklärt, dass dies bei einer frühzeitigen Terminplanung sicher möglich sein werde.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis und bittet um Wiedervorlage des TOPs zur nächsten Sitzung zur weiteren Diskussion.

7.4 Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt **hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Herr Oster berichtet, dass Ende Mai eine schriftliche Rückmeldung der Kölner Polizei eingetroffen sei, in der die Durchführung einer Regionalkampagne „Zeig es an – Köln schaut hin“ begrüßt werde. Um das weitere Vorgehen und die weitere Zusammenarbeit zu besprechen, habe die Stadtverwaltung die Kölner Polizei in der nächsten Woche zu einem Gespräch eingeladen.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

7.5 LSBTI Austausch mit Partnerstädten zum CSD 2019 **hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Frau Bonnemann teilt mit, dass sie für das Austauschprogramm, das auch dieses Jahr wieder unter dem Motto „Sister Cities stand together“ stehe, inzwischen Zusagen habe von Aktivistinnen und Aktivisten aus Liverpool, Barcelona, Kattowitz, Cluj-Napoca und Tel Aviv. Aus Lille sei leider eine Absage erfolgt. Stattdessen sei jetzt noch eine Einladung an das Pride Committee von Istanbul gegangen. Im rumänischen Cluj werde am 15.6. die dritte Pride-Demo stattfinden, zu der Bürgermeister Andreas Wolter in Vertretung der eingeladenen Oberbürgermeisterin reisen werde. Zwei Vertreter*innen der dortigen Pride-Organisation könnten dann Anfang Juli in Köln zum CSD begrüßt werden. Das viertägige Programm stehe fest und sei angelehnt an das Programm der letzten zwei Jahre.

Frau Brauckmann fragt nach, ob das Geschlechterverhältnis trans/schwul/lesbisch anhand der Anmeldungen bekannt sei.

Frau Bonnemann erklärt, dass bisher sowohl von Frauen als auch von Männern Anmeldungen eingegangen seien, dass aber noch nicht alle Gäste feststehen würden.

Frau Wolf informiert in Absprache mit Bürgermeister Herr Wolter, dass man für das nächste Jahr versuchen wolle, Aktivistinnen und Aktivisten aus Lateinamerika einzuladen. Dazu sollte ggf. ein Förderantrag beim entsprechenden Ministerium gestellt werden.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

8 Berichte aus Ausschüssen

Es gibt keine Anmerkungen.

9 Mündliche Anfragen

Herr Spröde fragt, ob es möglich wäre, zur nächsten Sitzung der StadtAG eine LSBTI-Organisation vorzustellen, die sich gerade neu gegründet habe. Konkret ginge es hierbei darum, „Keshet NRW“ einzuladen - ein Verein von LGBTIQ Jüdinnen und Juden. Da antisemitische Übergriffe zunehmen würden, wäre es ein gutes Zeichen, Keshet NRW eine offizielle Einladung auszusprechen. Im Sinne der Vernetzung halte er es auch für sinnvoll, zukünftig weitere Organisationen in die StadtAG einzuladen.

Herr Oster erklärt, dass dies möglich sei und er diesen Punkt nochmals unter TOP 11 aufrufen werde.

Es gibt keine weiteren Anfragen.

10 Öffentlichkeitsarbeit

Es gibt keine Anmerkungen.

11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Herr Oster zählt als bereits gesetzte Tagesordnungspunkte die Vorstellung von „Keshet NRW“ und die Diskussion über die Ergebnisse der Wirtschaftsstudie auf.

Frau Bonnemann erinnert an unbesetzte Plätze der StadtAG als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner. Im Kunst- und Kulturausschuss gebe es keine Vertretung mehr für Herrn Saurenbach; im Ausschuss Schule und Weiterbildung fehle die Stellvertretung für Herrn Busch und nach dem Rücktritt von Herrn Blank vom SC Janus müsse die Stellvertretung im AVR sowie der Sportausschuss neu besetzt werden. Es wäre gut, wenn zur nächsten Sitzung entsprechende Vorschläge als Anträge eingereicht werden könnten.

Frau Balke erklärt, dass sie gerne die städtische Jugendbefragung von 2018 auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen möchte. Die Ergebnisse würden aktuell von der Verwaltung in die politische Diskussion eingebracht, an der sich somit dann auch die StadtAG beteiligen könnte. Wichtig wäre dies, weil der Ergebnisbericht das Thema LSBTIQ ausspare, obwohl sich Jugendliche vom „anyway“ sowohl bei der Befragung als auch an den Workshops intensiv beteiligt hätten. Somit könne in der nächsten Sitzung auch die Bilanzierung der Kinder- und Jugendförderung diskutiert werden. Sie biete für die nächste Sitzung an, im Nachgang zur Kinder- und Jugendbefragung die ersten Ergebnisse einer Studie zu präsentieren, die gerade im „anyway“ zum Thema „Wie leben queere Jugendliche in NRW“ durchgeführt werde.

Herr Oster begrüßt den Vorschlag und schlägt eine Verlängerung der nächsten Sitzung auf 2,5 Stunden vor, da man zur Beratung der vorgeschlagenen Themen sicher mehr Sitzungszeit benötige.

12 Verschiedenes

Frau Brauckmann erklärt, auch im Namen der anderen Organisation, dass der Empfang im Rathaus zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit am 17. Mai eine sehr gute Veranstaltung gewesen sei: würdig und politisch. Die Rede der Oberbürgermeisterin

habe ein klares Zeichen gesetzt, gerade auch angesichts antidemokratischer Tendenzen. Die Veranstaltung sei darüber hinaus mit den eingespielten Videobotschaften aus Rumänien und der Türkei auch inhaltsreich und eindrücklich gewesen. Es sei eine gelungene Fortsetzung der Partnerschaftsprogramme, die dortigen Aktivistinnen und Aktivisten auf diese Weise mit einzubeziehen.

Frau Bonnemann berichtet, dass bis zum 4.6.2019 die jährliche Foto-Ausstellung des Rainbow Cities Netzwerks im Stadthaus Deutz gezeigt worden sei. Sie bietet an, dass die Plakate der Ausstellung auch an Dritte ausgeliehen werden könnten.

Herr Spröde weist auf die Ausstellung des Centrums Schwule Geschichte Köln im LVR-Haus hin. Ab dem 6.6.2019 bestehe die Möglichkeit, die Ausstellung zur Geschichte der §§ 175/175a StGB und antihomosexueller Gesetzgebung zu besuchen. Die Ausstellung sei an alle Interessierte gerichtet, nicht nur an Mitglieder des LVR.

Frau Bonnemann ergänzt, dass es sich um eine Wanderausstellung handele. Ab dem 5. Juli könne man die Ausstellung im Lichthof des Spanischen Baus sehen. Die Eröffnung im Rathaus finde zeitgleich mit dem CSD-Empfang der Oberbürgermeisterin statt.

Herr Oster weist darauf hin, dass mit Ratsbeschluss vom 14.02.2019 den Mitgliedern der Stadt AG Sitzungsgelder zustünden. Formalien seien geklärt, zur Auszahlung der Beträge würden in den nächsten Wochen Bögen verschickt werden, um persönliche Daten, eine Datenschutzerklärung und Erklärung zum Ehrenamt abzufragen.

Herr Oster beendet Sitzung und bedankt sich bei allen Beteiligten.

gez. Hans-Jürgen Oster
stv. Vorsitzender

gez. Susanne Bonnemann
Geschäftsführerin